ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

12. Juni 2020 | Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg | Information | Meinung | Service

Foto: CC BY 4.0 © European Union 2019 – Source: EP

Keineswegs vereint: Die europäischen Länder haben radikal unterschiedliche Verteidigungsanliegen

Unsichere europäische Sicherheit

Corona überdeckt die divergierenden Sicherheitsinteressen in der EU

Lars-Patrick Berg, Heidelberg

Die Coronapandemie ist nicht die einzige Bedrohung, der wir heute gegenüberstehen. Die Gefahr terroristischer Angriffe in Europa hat sich kaum verringert, wir sehen ferner eine potentielle Destabilisierung in Nordkorea, die Niederschlagung von Freiheiten in Hong Kong und eine Eskalation der Kämpfe im Jemen.

Es gibt eine Dynamik für eine stärkere Integration europäischer Streitkräfte und für eine Verteidigungsfähigkeit der Europäischen Union, die von den USA unabhängig ist. Viele Initiativen zielen darauf ab, eine EU-Armee zu schaffen. Doch welche militärischen Ziele verfolgt die EU?

Die Gefahr terroristischer Angriffe hat sich in Zeiten von Corona kaum verringert

Die Sicherheitsanliegen der Mitgliedstaaten unterscheiden sich radikal. Für Italien und Griechenland geht es um Migration und Grenzsicherheit, für Polen um den russischen Expansionsdrang, für Deutschland und Frankreich um Terrorismus und Cyberangriffe. Das Fehlen einer gemeinschaftlichen Mission über die Machtprojektion hinaus erschwert ein gemeinsames Vorangehen.

Nach dem Ausscheiden Großbritanniens müssen Deutschland, Frankreich und Italien die Hauptlast der Finanzierung und des Personals tragen. Italien wird nach Corona nicht dazu in der Lage sein. Frankreich ist in Konflikten in Afrika engagiert und hat als Atommacht weiter gespannte Ziele. Damit bleibt Deutschland, um diese Last zu schultern. Wir müssen uns jetzt – und zwar dringend – darüber einigen, für welche Bedrohungslage wir planen und ob dieser Bedrohung am besten durch eine „Europäische Armee“ oder durch kooperierende Mitgliedstaaten zu begegnen ist.

Wir können uns nach Corona weder unbegrenzte Ausgaben zum Vervielfachen militärischer Kompetenzen leisten, noch die Finanzierung globaler Ambitionen, die uns nicht interessieren sollten.

Lars-Patrick Berg ist Sprecher für Sicherheit und Verteidigung der AfD im Europäischen Parlament

Foto: Fotodienst des Europäischen Parlaments

IN DIESER AUSGABE

TOPTHEMA „NACH CORONA“ 1–3
EU|Autoindustrie|LEAs|Shutdown

AUS DEN PARLAMENTEN 4 5
Stuttgart|Berlin|Baden-Baden

AUS UNSERER PARTEI 6 7
GEZ|Debatte|Rehkitzrettung

AUFGEKLÄRT! 8
Naturzerstörungen durch SuedLink

Jeder zweite Arbeitsplatz im produzierenden Bereich ist durch die Klimapolitik bedroht

Die Klimapolitik ist die tödliche Vorerkrankung der Autoindustrie

Marc Bernhard, Karlsruhe

Die ideologiegetriebene Klimapolitik hat sich bereits vor der Corona-Krise als ökosozialistischer Irrweg entlarvt: Für das Weltklima wirkungslos, für die deutsche Volkswirtschaft äußerst schädlich und für die Privathaushalte teuer und unsozial. Alle so genannten Klimabeschlüsse kosten die Gesellschaft, die Unternehmen und die Steuerzahler Geld, das ihnen in der bevorstehenden Rezession fehlen wird.

Und die Folgen der Corona-Maßnahmen treffen die ohnehin angeschlagene deutsche Autobranche zusätzlich: Der von Bundesregierung und EU forcierte Strukturbruch zur Erzwingung der Elektromobilität ist die Hauptursache für die sich verschärfende Krise der deutschen Schlüsselindustrie. Er bedroht allein im Autoland Baden-Württemberg jeden zweiten Arbeitsplatz im produzierenden Bereich, wie die Stuttgarter Landesregierung 2019 einräumen musste.

Dabei liegen alternative Lösungen mit vorzüglichen Eigenschaften auf der Hand, zum Beispiel alternative Kraftstoffe wie der aus recycelten Abfällen hergestellte C.A.R.E-Diesel. Von Bosch entwickelt und vorangetrieben, wird er aber von der Bundesregierung aus ideologischem Starrsinn boykottiert. Ein nachhaltiger Kraftstoff, der die Umwelt schont, sofort für 52 Millionen Pkw- und Nutzfahrzeugfahrer verfügbar wäre und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland sichert, scheint unseren Fachkräften auf den Regierungsbänken nicht in den Kram zu passen.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird daher einen Antrag zur unverzüglichen Zulassung alternativer und umweltfreundlicher Dieselkraftstoffe in den Bundestag einbringen.

Umverteilungsorgien mit Green-Deal-Milliarden werden keinen Wohlstand schaffen. Wir brauchen Wertschöpfung, die Mensch, Umwelt und Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt, sowie Innovationen, die heimische Arbeitsplätze schaffen, Ressourcen schonen und uns strategisch unabhängiger machen.

Die AfD wird einen Antrag zur Zulassung alternativer Dieselkraftstoffe einbringen

C.A.R.E-Diesel kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Marc Bernhard ist Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg

Coronahotspots Flüchtlingsheime

Jörg Finkler, Mannheim

Nach einem Bericht des Focus haben sich die Coronafälle in den Flüchtlingsheimen der Bundesrepublik verzwanzigfacht, die Behörden melden mehrere Todesfälle. In den Einrichtungen wachsen die Spannungen, immer wieder muss die Polizei anrücken. Caritas und Hilfsorganisationen warnen seit Wochen eindringlich. Auch die AfD kritisiert die uneingeschränkte Flüchtlingsaufnahme vehement, so auch die Stadratsfraktion in Mannheim. Bereits Ende April haben wir unter Hinweis auf die fürchterliche Lage in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Republik nach der Situation in der Mannheimer Flüchtlingsunterkunft in der Pyramidenstraße gefragt. Eine Antwort haben wir bis heute bezeichnenderweise nicht erhalten.

Das zeigt nicht nur, dass wir richtig lagen, sondern auch, wie unverantwortlich die Flüchtlingsinitiativen handeln, die weiterhin ohne Rücksicht auf Verluste Scharen von Flüchtlingen in unser Land lotsen. Unsere Flüchtlingsunterkünfte sind Virenhotspots, die auch die Bevölkerung und die Angestellten gefährden. Die Aussage #wirhabenPlatz ist falsch und sie bringt Menschen dazu, sich in erhebliche gesundheitliche Gefahr zu begeben.

Seebrücke & Co sind durch ihr destruktives Treiben auch für die Verbreitung des Virus in Deutschland verantwortlich.

Jörg Finkler ist stellvertretender Vorsitzenderder AfD-Stadtratsfrakion in Mannheim

Grundrechte-Demonstration in Stuttgart am 24.5.2020 unter Corona-Regeln

Es gibt keine Rechtfertigung mehr für den Shutdown

Alice Weidels Rede auf der Grundrechtedemo

Alice Weidel, Überlingen

Noch nie in den 71 Jahren seit Bestehen des Grundgesetzes sind die Grund-, Freiheits- und Bürgerrechte so massiv und so lang andauernd eingeschränkt worden wie heute. Die Grundrechte sind Abwehrrechte der Bürger gegen Staat und Verwaltung. Die Bürger müssen sich deshalb nicht rechtfertigen, wenn sie die Grundrechte zurückverlangen. Es ist die Regierung, die sich rechtfertigen muss, wenn sie diese Rechte einschränkt.

Wer im Januar davor gewarnt hat, das Virus zu unterschätzen, war damals ein „Verschwörungstheoretiker". Wer heute an der Fortsetzung der Maßnahmen zweifelt, ist genauso wieder ein „Verschwörungstheoretiker". Das ist absurd.

Warum haben Regierungspolitiker vor Kurzem noch behauptet, Mundschutzmasken wären überflüssig? Warum nötigt man jetzt, nachdem die große Infektionswelle ausgeblieben ist, alle Bürger, in Bussen und Bahnen und beim Einkaufen mit Gesichtsmasken herumzulaufen?

Die Antwort ist klar: Weil man versäumt hatte, rechtzeitig genügend Schutzausrüstung für medizinisches Pflegepersonal zu beschaffen.

Als es sinnvoll gewesen wäre, Karneval und andere Großveranstaltungen abzusagen und die Grenzen zu schließen, um das Virus zu bremsen, hat die Bundesregierung geschlafen. Aber als sich die Ausbreitung bereits verlangsamte, hat man den Shutdown verordnet und unsere Volkswirtschaft gegen die Wand gefahren.

Wer so eklatant versagt hat, wer so viele Fehlentscheidungen getroffen und sich in Widersprüche verwickelt hat, der spielt sich zu Unrecht als großer Krisenmanager auf.

Die AfD fordert einen Corona-Untersuchungsausschuss im Bundestag

Deswegen fordert die AfD im Deutschen Bundestag einen Corona-Untersuchungsausschuss.

Und wir fordern ein sofortiges Ende des Shutdown. Die Rechtfertigung dafür ist längst weggefallen. Der Shutdown ist ein Vernichtungsprogramm für den Mittelstand: Hunderttausende, ja Millionen könnten ihren Job und ihre Existenz verlieren.

Die Schuldenberge wachsen derweil ins Unermessliche. Für die Milliarden, die mit der Geste des großen Wohltäters jetzt verteilt werden, müssen die Bürger über Steuern, Abgaben und Geldentwertung geradestehen. Die Schulden, die der Staat jetzt macht, werden noch unsere Kinder und Enkel abtragen müssen.

Auch für die Billionen, die EU und EZB in der Corona-Krise mobilisieren wollen, wird vor allem der deutsche Steuerzahler haften. Die Kanzlerin hat der faktischen Einführung von Eurobonds – genannt „Wiederaufbaufonds" – zugestimmt. In einer kurzen Video-Pressekonferenz hat sie mal eben 135 Milliarden verschenkt, an Staaten, deren Privathaushalte im Schnitt zwei- bis dreimal reicher sind als die deutschen.

Wir wollen keinen Überwachungsstaat mit Immunitätsausweis und Corona-Tracing-App. Wir wollen auch keine Corona-Staatswirtschaft und keinen Öko-Klima-Sozialismus, in dem linke Ideologen ihre Gängelungs- und Enteignungsphantasien hemmungslos ausleben können.

Wir werden unsere Stimme erheben gegen diese und andere Manipulationsversuche.

Auszug aus der Rede

Dr. Alice Weidel ist AfD-Landesvorsitzende und Fraktions-Chefin der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

IMPRESSUM
Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

Foto: Peter / stock.adobe.com

Solche Zerstörungen soll es nach dem AfD-Gesetzentwurf nicht mehr geben

Wald statt Windkraft!

Gesetzentwurf der AfD im Landtag

Udo Stein, Bühlertann

Den Wald vor der Windkraft schützen – das ist das Ziel des AfD-Gesetzentwurfs, der im Mai im Landtag in zweiter Lesung behandelt wurde. Dazu hatte die AfD auf eine Vorlage der CDU in Thüringen vom Jahresanfang zurückgegriffen. Diese hatte gefordert, die Rodung von Wald für Windkraftzwecke zu verbieten.

Das Überangebot von Windstrom treibt die EEG-Umlage für alle in die Höhe

Windkraft stellt nur vier Prozent der Stromproduktion in Baden-Württemberg und die windreichsten Standorte sind schon belegt. Auch der CDU-Kollege Dr. Rapp stellte in seiner Rede bei der ersten Lesung im März Auswirkungen der Windkraftanlagen auf das Ökosystem Wald nicht in Abrede. Handfeste ökonomische Argumente kommen hinzu: Im April fiel der Strompreis an der Leipziger Strombörse schon fünfzig Mal unter Null. Die Differenz zum gesetzlich garantierten Festpreis für die Windanlagenbetreiber bezahlen alle Stromkunden über die EEG-Umlage. So treibt das zeitweilige Überangebot aus Wind- und Solarstrom die EEG-Umlage für alle weiter in die Höhe.

Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs im Dezember gegen die Windkraftpläne in einem der größten Wälder des Landes bei Donaueschingen hat die Landesregierung einen Tiefschlag einstecken müssen. Da hilft keine Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und auch keine Bürgerbeauftragte des Landes, wenn ausgerechnet bei der Rodung von Wald für Windkraft die Öffentlichkeit nicht beteiligt wurde, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben war.

Dieser Vorwurf richtet sich insbesondere an die grüne Regierungspartei. Der Umweltminister, der schon auf die Zielgerade zum Ruhestand eingebogen ist, sollte den Wald und die Umwelt schützen und von seinen ökonomisch unsinnigen, rein ideologisch motivierten Windkraftplänen nicht nur im Wald Abschied nehmen.

Udo Stein ist Landtagsabgeordneter und forstpolitischer Sprecher der AfD-Landtgsfraktion

Gender und Öko für die Welt?

Markus Frohnmaier, Weil der Stadt

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verfügt über ein Budget von rund 11 Milliarden Euro (2015: 6,5 Milliarden) und fördert Projekte in 85 Ländern. Gender Mainstreaming und die Förderung erneuerbarer Energien bilden einen dabei wichtigen Pfeiler deutscher Entwicklungshilfe. Ferner werden Länder wie China und Indien mit zinsermäßigten Krediten finanziell unterstützt – jene Wirtschaftsmächte also, die Weltraumprogramme betreiben und über Nuklearwaffen verfügen. Während deutsche Arbeitnehmer und Selbstständige durch die Corona-Zwangsmaßnahmen um ihre Existenz bangen, werden wirtschaftliche Konkurrenten von deutschem Steuergeld unterstützt.

70 geförderte Länder gelten als korrupt. Die deutsche Entwicklungshilfe hilft folglich Staatschefs, ihr Volk in Armut zu halten, sich selbst aber zu bereichern.

Die AfD fordert daher drastische Änderungen: Entwicklungshilfe muss dazu dienen, dass die Zielländer selbstständig hoheitliche Aufgaben wahrnehmen können. Wir fordern eine Entwicklungspolitik, die jeweils dem Geber- und Nehmerland Vorteile bietet, zeitlich begrenzt ist, klare Ziele verfolgt und Staaten zugutekommt, die unsere Bedingungen akzeptieren und in keinem direkten Konkurrenzverhältnis zu Deutschland stehen.

Markus Frohnmaier MdB ist entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Foto: Martin Rathweiler

Linke Gewalt wird vom Gemeinderat toleriert

In Baden-Baden wollen SPD und Grüne Linksextremisten gesellschaftsfähig machen

Kurt Hermann, Baden-Baden

In einer Gemeinedratssitzung in Baden-Baden Ende Mai wurde der Anschluss der Stadt Baden-Baden an die „Resolution des Deutschen Städtetages für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde“ behandelt. In dieser Resolution wird ausschließlich auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus und den Kampf gegen Rechts eingegangen, Linksextremismus wird nicht einmal erwähnt.

Unser Grundgesetz kennt aber keine politischen Einstellungen, es ist politisch neutral. Insbesondere der Linksextremismus ist in Deutschland zur Gefahr geworden. Ich erinnere an die Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg und die mittlerweile fast täglichen Krawalle in deutschen Städten, in denen Polizisten oder wie vor einigen Tagen in Stuttgart friedliche Demonstranten Opfer linksradikaler Gewalttäter werden.

Wir haben die Resolution daher abgelehnt. Wenn Linksextremismus nicht stattfindet, wird er im Umkehrschluss toleriert. Unser Vorschlag zur Gestaltung der Resolution wurde auf vehementes Betreiben insbesondere einer Vertreterin der Grünen und eines Vertreters der SPD verworfen. Die Resolution wurde gegen die Stimmen der AfD und einiger anderer angenommen. Damit hat sich Baden-Baden durch Blindheit auf dem linken Auge der Toleranz gegenüber linker Gewalt angeschlossen.

Bezeichnend ist das Verhalten der SPD und CDU. Ein Vertreter der SPD ließ zur Gewalt gegen die AfD wissen, „Da muss sich die AfD auch nicht wundern mit Personen wie Höcke ...“. Er erklärt also unumwunden, dass er linksextreme Gewalt gegen den politischen Gegner für legitim hält.

Auch die CDU, deren Vorsitzender selbst Polizist ist, hat der Resolution nahezu geschlossen zugestimmt. Der Vorsitzende nimmt die Gewalt von Linksextremisten gegen seine Kollegen offenbar billigend in Kauf.

Grüne und SDP beantragten ferner, dass die Stadt Baden-Baden gegenüber der Vereinigung „Seebrücke“ eine öffentliche Solidaritätserklärung abgibt und weitere „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnimmt“. Die „Seebrücke“ wird von linken, linksradikalen und linksextremistischen Organisationen getragen. Die dort tätige „Interventionistische Linke (IL)“ und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)“ werden vom Verfassungsschutz beobachtet, wie eine Anfrage der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ergab.

Auch die CDU nimmt linksextreme Gewalt gegen Polizisten billigend in Kauf

Auch wenn dieser Antrag im Gemeinderat abgelehnt wurde: Diese Vorgänge machen deutlich, dass Rot-Grün mit allen Mitteln versucht, Linksextremisten gesellschaftsfähig zu machen.

Dem stellen wir uns als einzige Partei ohne Wenn und Aber entgegen.

Kurt Hermann ist stv. Sprecher des KV BAD/Rastatt und AfD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Baden-Baden

Pfingsten oder Pfingst*in?

Dr. Thomas Hartung, Stuttgart

Zu Pfingsten kam der Heilige Geist auf die Schar der Jünger herab – die sich seitdem als Gottesvolk verstanden: Die christliche Kirche war geboren. Heute allerdings wird dieser Geist nicht mehr jedem zuteil, allen voran der Evangelischen Kirche in Deutschland EKD. Sie erklärt nicht etwa die Feiertage, sondern veröffentlicht eine „Handreichung für geschlechtergerechte Sprache“ – obwohl laut WamS 56 Prozent der Bevölkerung nichts vom „Gendern“ durch Binnen-I, Gendersternchen oder Unterstrich halten. Stattdessen erläuterte EDEKA online den Kunden, was es mit Pfingsten auf sich hat und erklärte Mahlzeiten wie Pfingstochse oder Taubenbraten. Ein Supermarkt übernimmt damit Aufgaben der Kirche.

Aber auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) wurde der Geist nicht zuteil, offenbarte sie doch am Feiertagswochenende sozialistische Ideen: Bei allen Corona-Hilfsmaßnahmen müsse es einen „Geschlechtergerechtigkeits-Check“ geben. Wer das Land am Laufen hält, bekommt noch vorgeschrieben, wie er sich politisch zu verhalten hat, um sein eigenes Geld zurückzubekommen, entsetzt sich die wirtschaftspolitische AfD-Fraktionssprecherin Karola Wolle MdL.

Das ist die Blaupause für den wirtschaftlichen Niedergang. Giffey sollte lieber im Grundgesetz blättern – und dabei, hoffentlich, den Gleichheitsgrundsatz entdecken.

Dr. Thomas Hartung ist Fraktionspressesprecher

AUS UNSERER PARTEI

GEZ abschaffen!

THOMAS SEITZ, KAPPEL-GRAFENHAUSEN

Hast Du einen erzieherischen Auftrag?“ – Das ist für die Autorin des Buches „Haltung zeigen“ und preisgekrönte ARD-Moderatorin Anja Reschke eine Lieblingsfrage an Journalisten beim Einstellungsgespräch. Bei #SRFglobal amüsiert sie sich darüber, wie oft sie mit dieser Frage schon hoffnungsvolle Anwärter auf eine Daueralimentation an ihrem zwangsfinanzierten Hofstaat aufs Glatteis führte. Denn die Antwort sei stets dieselbe: „Nein, natürlich nicht. Man wolle nicht erziehen, sondern nur aufklären!“ Das deckt sich dem Wortlaut nach mit dem Pressekodex, den Rundfunkstaatsverträgen und mit dem, was der Bürger von den öffentlich-rechtlichen Medien als neutralem Faktor der freien Meinungsbildung erwarten darf: Information, neutrale Berichterstattung und Spiegelung des gesamten Meinungsspektrums in Deutschland und der Welt.

Frau Reschkes Theorie nach ist es die Kernaufgabe von Journalisten, den Bürger zu einem braven Untertan des Linksstaates umzuerziehen und von allem fernzuhalten, was dessen ideologischen Grundlagen widerspricht. Oder kurz und bündig: „Journalismus mit Haltung.“

Das faktische Eingeständnis, sich selbst und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht als neutralen Dienstleister für die freie Meinungsbildung zu verstehen, sondern als Kampfinstrument, das den von Alt- und Neu-Achtundsechzigern gekaperten Staat vor kritischen Bürgern schützt, macht klar, was die Protagonisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind: Die Mitläufer sind opportunistische Hofschranzen, die Überzeugungstäter Demagogen übelster Sorte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Erfüllungsgehilfe der Regierungsparteien und medialer Arm des gesamten linken Spektrums bis zum Linksextremismus.

Natürlich sind auch das Huldigen und Beschönigen kritikwürdiger Arbeitsergebnisse der Regierung von der Meinungsfreiheit gedeckt. Es muss auch zulässig bleiben, eine verfassungswidrige Grenzöffnung, die einen millionenfachen unkontrollierten Zuzug von Menschen zur Folge hat, die im Durchschnitt hier nur Ressourcen ohne Ende verbrauchen, als humanitäre Großtat zu verbrämen. Oder das Totalversagen im Kontext von Corona als alternativlos zu adeln. Die Berufsfreiheit erlaubt auch Antifa-Anhängern, die alles hassen, was rechts von Claudia Roth steht, eine Tätigkeit in oder für Rundfunkunternehmen. Wer sich die Ergebnisse solcher Medien anhören oder ansehen möchte, darf das gerne tun und für diese Dienstleistung ebenso wie für jede andere auch zahlen – ganz im Einklang mit den Grundrechten der allgemeinen Handlungsfreiheit und der Informationsfreiheit.

Der öffentliche Rundfunk ist medialer Arm des gesamten linken Spektrums

Aber was ist mit jenen, denen diese Medienprodukte nicht gefallen? Was mit jenen, die dort als Umwelt- und Nazisau, Aluhutträger, Alman, Verschwörungstheoretiker oder als Spinner verunglimpft und beleidigt werden? Denen der gesellschaftliche Existenzanspruch abgesprochen wird und die der Antifa als Zielscheibe präsentiert werden? Vielleicht muss man all das aushalten, als Preis der Freiheit. Aber auch noch dafür bezahlen? Obwohl es eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Informationsversorgung heute längst nicht mehr bedarf, hat das Bundesverfassungsgericht das Konzept der Rundfunkzwangsgebühren aufrechterhalten. Das ging nur mit der Fiktion des redlichen und neutralen Dienstleisters, der als einziger Marktteilnehmer eine Versorgung mit zutreffenden und ausgewogenen Informationen bietet, während ansonsten nur mit „Fake-News“ gedealt wird.

Der Richterspruch aus Karlsruhe hat allerdings nur die Frage beantwortet, ob der seit 2013 erhobene Rundfunkbeitrag, der nur noch an die „Möglichkeit des Rundfunkempfangs“ anknüpft, verfassungswidrig ist. Eine weitere verlorene Schlacht gegen die Hydra des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber nicht das Ende des Kampfes.

Die AfD-Landtagsfraktion hat einen Entwurf für ein „Gesetz gegen die Zwangsfinanzierung öffentlich-rechtlicher Medien durch freie Bürger – Beitragsfreiheitsgesetz (BFG)“ ausgearbeitet, mit dem der Zwangsfinanzierung im Wege eines Volksbegehrens ein Ende gesetzt werden soll. Der Parteitag unseres Landesverbands hat sich mit überwältigender Mehrheit dieser Kampagne angeschlossen, die eine unserer Kernforderungen als Alternative für Deutschland umsetzt.

Um hier wieder Fahrt aufzunehmen, habe ich mich entschlossen, diese Kampagne zum Volksbegehren gegen den Zwangsbeitrag tatkräftig zu unterstützen. Ich besuche die Kreis- und Ortsverbände, die eine Unterschriften-Sammelaktion durchführen, gern mit meinem neuen Kampagnenfahrzeug „Blauto“. Zudem habe ich eine Informationsseite eingerichtet: Unter **www.gez-exit.de** finden Sie alle nötigen Informationen zum Volksbegehren. Kontakt: 01590/1984317 oder **info@gez-exit.de.**

Machen Sie mit, unterstützen Sie mit mir die Kampagne unserer Partei. Nur wer bestellt, zahlt!

Thomas Seitz MdB, Wahlkreis Emmendingen-Lahr, ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Das *BLAUTO* kommt in Ihren KV

Ohne Volk keine Demokratie

Die Bekämpfung der Nation untergräbt unser Staatsfundament

Hans-Jürgen Gossner, Göppingen

Wir leben in einer Demokratie, die den Willen des Volkes zum Ausgangspunkt aller politischen Prozesse macht: Das deutsche Volk ist Subjekt der Politik. So sagt es das Grundgesetz.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Volk, Nation und Demokratie. Überall dort, wo in einem Staat verschiedene Ethnien zusammenleben sollten, ist die Demokratie unter die Räder gekommen. Wenn es aber das Ziel ist, Ethnien und Nationen aus der Geschichte verschwinden zu lassen, dann ist für demokratische Selbstbestimmung kein Raum. Deshalb gehören Zwangsherrschaft und die Unterdrückung der Nationen zusammen.

Zwangsherrschaft und die Unterdrückung der Nationen gehören zusammen

Die erste Bedingung für eine Demokratie ist die nationale Selbstbestimmung. Die zweite ist eine relative kulturelle und soziale Homogenität. Die dritte liegt in der Überschaubarkeit des politischen Prozesses. Nur wenn der Einzelne die politischen Entscheidungsfindungen nachvollziehen kann, ist Partizipation möglich.

Dass es einen Zusammenhang zwischen der multikulturellen Zusammensetzung einer Gesellschaft und dem Defizit an Demokratie gibt, erkennt man in Deutschland sehr deutlich. „Volksverhetzung“ und „Fremdenfeindlichkeit“ sind die Begriffe der juristischen Reglementierung, mit denen demokratische Freiheiten eingeschränkt werden.

Der Nationalstaat wird heute zum einen durch die supranationale Integration, die „Entnationalisierung von oben“ in die Zange genommen, zum andern durch die Zuwanderung, die „Entnationalisierung von unten“. Beides geht auf Kosten der demokratischen Kultur, weil die Entscheidungskompetenz auf bürgerferne Regierungen und Bürokratien verlagert wird und das Volk durch Verlust der relativen Homogenität seiner demokratischen Identität beraubt wird.

Wir als AfD müssen dies kompromisslos kritisieren. Kritik an der Zuwanderung ist Kritik an der Politik und eben nicht an den Zuwanderern. Wir müssen die Kritik an den unerträglichen Folgen der multikulturellen Aufmischung Deutschlands mit einer Argumentations-Offensive verschärfen. Die Fakten müssen verbreitet werden. Sie sind die stärkste Waffe, die wir haben.

Hans-Jürgen Goßner ist Sprecher des Ortsverbands Unteres Filstal

Hochkonjunktur für Rehkitzrettung

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

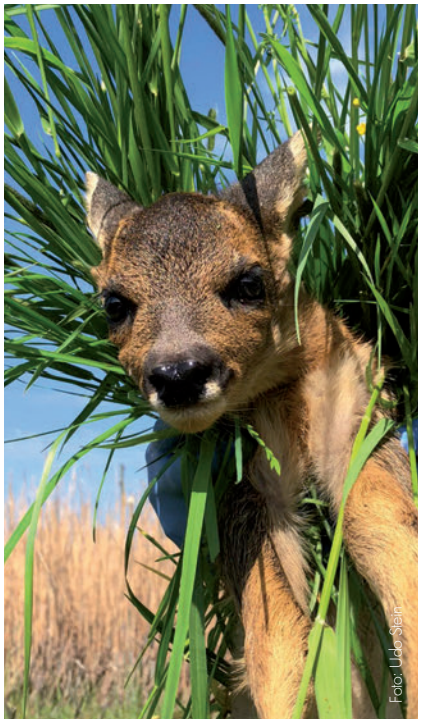
Tautropfen zieren das Gras, die Morgensonne erwärmt die Luft, die Feuchte der Nacht steigt auf. Das Rehkitz liegt geborgen und gut getarnt im Feld. Es ahnt die drohende Gefahr nicht. Laut und rasch nähert sich das Mähwerk des Traktors. Das kann der Tod des Rehkitzes sein. Es hat in den wenigen Wochen, die es alt ist, noch keinen Fluchtreflex vor Maschinen und Menschen entwickelt.

An dieser Stelle greifen wir, Udo Stein und Rainer Balzer, ein. Nach Rücksprache mit dem Landwirt sind wir pünktlich vor dem Mähen auf dem Feld und observieren mit der Wärmebildkamera an einer Drohne die Flächen. Dabei werden kleinen Kitze sicher erkannt. Mit fachkundigem Blick wird das Tier ergriffen und in einen sicheren Ackerbereich oder einen angrenzenden Waldstreifen verbracht. Erfahrungsgemäß nimmt das Muttertier das Jungtier ohne Probleme wieder an und auf dem gemähten oder einem anderen Stück Flur finden die beiden eine neue Heimat.

Wie funktioniert die Rehkitzrettung konkret? Wir haben in den relevanten Landschaftsgebieten in Baden-Württemberg Anzeigen geschaltet und für diese Initiative geworben. Der Landwirt informiert uns telefonisch über Ort und Zeit des Mähens und wir kommen zum Einsatz.

Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich gerne an Udo Stein oder Rainer Balzer.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion



Vor dem sicheren Tod gerettet

AUFGEKLÄRT!

SuedLink: Massive Zerstörungen

Die Stromtrasse kostet astronomische Summen und schädigt die Natur

THOMAS PALKA, SCHWAIGERN

Wenn es nach den Plänen der Bundesregierung geht, werden mit SuedLink in naher Zukunft zwei Mega-Stromtrassen Deutschland auf rund 700 Kilometern von Norden nach Süden zerschneiden.

Noch nie hat es in Deutschland ein Netzausbauprojekt dieser Größenordnung gegeben. Die Kosten für diese Gigantomanie sind kaum absehbar. Inzwischen spricht man von rund 100 Milliarden Euro. Denkt man an Stuttgart 21 oder den Flughafen Berlin, ist leicht vorstellbar, dass sich die Kosten am Ende auf das Doppelte oder Dreifache belaufen. Zahlen muss der Bürger und Stromkunde, der bereits heute die höchsten Strompreise in ganz Europa zu tragen hat.

Eine dieser geplanten Stromautobahnen soll in Brunsbüttel beginnen und bei mir quasi vor der Haustür in Großgartach im Landkreis Heilbronn enden. Man muss sich SuedLink als ein riesiges Tiefbauprojekt vorstellen, quer durch unsere Landschaft, durch unsere Wälder und Äcker. Zunächst werden mit schwerem Gerät Rodungen und Erdaushubarbeiten durchgeführt. Bereits durch diese Arbeiten werden sensible Ökosysteme empfindlich gestört. Dann kommen 40 Tonnen schwere Transporter mit Kabeltrommeln. Durch die hohe Verdichtung würden Böden und Bodenstrukturen zum Teil irreversibel zerstört. Die Perforation wasserundurchlässiger Schichten könnte zu Veränderungen des Grundwasserspiegels mit unabsehbaren Folgen insbesondere für die Landwirtschaft führen.

Schließlich beginnt der Betrieb. Dabei erwärmen sich unter Höchstlast die Erdkabel auf bis zu 90 ° Celsius, im Regelbetrieb geht man von 50 – 60° Celsius aus. Wie sich die Abwärme und die magnetische Strahlung der Erdkabel auf die sie umgebende Flora und Fauna, auch auf die mikrobiellen Ökosysteme des Bodens langfristig auswirkt, ist noch nicht ausreichend erforscht.

Aber bei diesen Eingriffen wird es nicht bleiben. Die Stromtrassen müssen gewartet werden. Zur Wartung oder Fehlersuche bei Störungen müssen zirka alle 300 bis 500 Meter asphaltierte Zufahrtsgassen für schweres Gerät freigehalten werden.

Und es gibt kein gutes Ende: Wie unsere Recherchen ergeben haben, verfügen die Erdkabel nur über eine Lebenserwartung von zirka 40 Jahren. Also gerade dann, wenn sich die Natur halbwegs erholt haben wird, rollen wieder Bagger und Schwerlasttransporter an – und die Zerstörung der Natur beginnt von Neuem.

Alles für den Klimaschutz? Wer wirklichen Klimaschutz will, muss Wälder und Böden schützen.

Schneise der Zerstörung

Thomas Palka wurde 2016 im Wahlkreis Eppingen mit 18,3 Prozent der Stimmen in den Landtag gewählt

DIE GUTE NACHRICHT

Auch wenn der Anlass keinen Grund zur Freude bietet: Es ist eine gute Nachricht, dass Deutschfeindlichkeit endlich als Deliktsfeld in der Statistik der „Politisch motivierten Kriminalität“ definiert wird. Ende Mai 2020 wurden die Daten erstmals unter „Hasskriminalität“ aufgeführt. Die meisten Taten wurden „links“ und „ausländischer Ideologie“ zugeordnet. Die AfD thematisiert die Deutschfeindlichkeit schon lange. Gut, dass diese Delikte nun auch in den öffentlichen Fokus rücken und die Benennung nicht mehr als Rassismus abgetan werden kann. *//red*